



SENAT LEGT DEMOGRAFIEKONZEPT 2030 VOR

01.07.2009 Fachinformation

Der demografische Wandel wird dazu führen, dass der Anteil junger, erwerbstätiger Menschen an der Berliner Bevölkerung zurückgeht, während der Anteil Älterer in den nächsten Jahrzehnten stetig anwachsen wird. Um den sich hieraus ergebenden Anforderungen zu begegnen, hat der Senat unter Federführung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ein Demografiekonzept entwickelt, das das Abgeordnetenhaus am 30. Juni beschlossen hat. Dabei hat sich Berlin viel vorgenommen: Mit dem Konzept will die Stadt Vorbild für die politische Gestaltung des demografischen Wandels in Großstädten werden. Die Rahmenbedingungen des demografischen Wandels sollen analysiert, Risiken und Gestaltungschancen benannt und Strategien zu ihrer positiven Bewältigung vorgeschlagen werden. Bei der Erarbeitung wurden in diversen Veranstaltungen externe Fachleute, die Senats- und Bezirksverwaltungen sowie zahlreiche Verbände, Träger sozialer Einrichtungen und Dienstleistungsanbieter einbezogen. Im Detail bedeutet der demografische Wandel für Berlin, dass die Bevölkerungszahl bis 2030 leicht wachsen wird: Gegenüber 2007 wird ein Zuwachs um 60.000 Personen auf 3,476 Millionen Personen erwartet. Dabei wird das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigen, 2030 wird knapp ein Viertel der Berliner älter als 65 Jahre sein. Zugleich wird die Stadtgesellschaft internationaler, da bereits heute über 40 Prozent der 6- bis 15-Jährigen einen Migrationshintergrund haben. Es ist davon auszugehen, dass die Vielfalt der Lebensstile und Haushaltsformen zunimmt, schon heute sind mehr als die Hälfte aller Haushalte Einpersonenhaushalte. Das Demografiekonzept benennt drei zentrale Herausforderungen, denen sich Berlin in den nächsten 20 Jahren stellen muss: Bedingt durch eine hohe Bevölkerungsfluktuation wächst Berlin nicht automatisch, sondern bedarf einer offensiven Bleibepolitik. Sie muss zum einen für eine ausreichende Anzahl attraktiver Arbeitsplätze sorgen, zum anderen aber die städtische Lebensqualität nachhaltig verbessern. Die betrifft Fragen der Kinderbetreuung ebenso wie den Erhalt von Qualität und Breite sozialer und kultureller Angebote. Starke und sozial stabile Quartiere sollen Abwanderung verhindern und eine weitere sozialräumliche Polarisierung vermeiden. Eine offensive Integrations- und Bildungspolitik ist die entscheidende Antwort auf die zunehmende Internationalisierung und soziale Polarisierung. Berlin wird auch in Zukunft auf eine qualifizierte Zuwanderung angewiesen sein und wird seine Integrationsleistungen weiter verstärken müssen. Es müssen Anpassungsstrategien an die älter werdende Bevölkerung entwickelt werden. Die Versorgung und Pflege der älteren Bevölkerung müssen sichergestellt, infrastrukturelle Anpassungsmaßnahmen im Bereich der Barrierearmut bzw. -freiheit im öffentlichen Raum, im Nahverkehr und im Wohnungsbestand müssen vorangetrieben werden. Aus diesen Herausforderungen leitet der Integrationsbericht Handlungsfelder ab, die die Schwerpunkte der notwendigen Aktivitäten umreißen.

Handlungsfeld: Kreative und wirtschaftlich erfolgreiche Stadt Wirtschaftliche Stärken ausbauen Berlin als Wissenschaftsstandort fördern Fachkräftemangel vorbeugen, Erwerbspersonenpotential ausschöpfen und Unternehmertum stärken

Handlungsfeld: Jugend, Kinder und Familien in der Stadt Jugendliche beteiligen, aktivieren und fördern Attraktive Bildungslandschaften entwickeln Familien unterstützen Attraktivität der Innenstadt steigern und als Wohnort für Familien und Kinder verbessern

Handlungsfeld: Weltoffene und soziale Stadt eine gesamtstädtische Willkommenskultur entwickeln und Integration stärken den sozialen Zusammenhalt in Stadtteil und Kiez

Handlungsfeld: Langes Leben in der Stadt Kompetenzen und Teilhabe der "aktiv Alternden" erschließen und fördern Die Versorgung und Pflege sicherstellen Das selbstbestimmte Wohnen und Leben im Alter ermöglichen

In allen vier Handlungsfeldern will Berlin auf vier grundlegende Prinzipien setzen: die grundlegende Qualifizierung der Stadtgesellschaft sowie der baulich-räumlichen Strukturen die Sozialraumorientierung als zentrales Arbeitsprinzip, d.h. die fachübergreifende Orientierung des politischen und

planerischen Handelns und die Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen die besondere Berücksichtigung des Gender Mainstreaming die Aktivierung und Vernetzung von Fachleuten und Bürgerschaft Das Demografiekonzept wird mit den für das Thema relevanten Senatsverwaltungen sowie den Bezirken und dem Land Brandenburg verwirklicht. Mit regelmäßigen Demografieberichten und –konferenzen soll die Umsetzung in den jeweiligen Fachressorts begleitet und gebündelt werden. Demografiekonzept (91 Seiten)

Downloads

41E86_demografiekonzept

162

PDF

<https://bbu.de/beitraege/senat-legt-demografiekonzept-2030-vor>